

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

21.1.1927 (No. 17)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. K. in e. b.,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M., einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigengebühr, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversen fällt der Fall der Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofbahndienstblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Der Auftrag zur Bildung eines Bürgerblocks

Dr. Marx hatte wohl im Verlauf seiner letzten Verhandlungen mit Dr. Scholz, dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, den klaren Eindruck gewonnen, daß die Deutsche Volkspartei für die Bildung eines Kabinetts der Mitte mit loser Zuchführung nach links nicht zu haben sei und nach wie vor die Möglichkeiten zur Bildung einer Koalition mit den Deutschnationalen noch nicht als erschöpft ansehe. Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten daraufhin Bericht erstattet und ihm seinen Auftrag zurückgegeben. Wie aus den Pressekommentaren hervorgeht, hat der Reichspräsident Herrn Dr. Marx ersucht, nunmehr ein Kabinett auf der Basis einer Mehrheitskoalition der bürgerlichen Parteien zustande zu bringen, d. h. also praktisch mit den Deutschnationalen Verhandlungen über die Bildung eines solchen Kabinetts in die Wege zu leiten. Sicherlich hat Dr. Marx diesem Ersuchen nicht gerne entsprochen und den Auftrag des Reichspräsidenten nur auf dessen ganz besondere Vorstellungen hin angenommen, im übrigen ihm aber nahegelegt, seine Wünsche und Anschauungen in einem an Dr. Marx gerichteten Brief öffentlich zu präzisieren.

Der Reichspräsident ist dem Wunsche nachgekommen. Sein Brief geht von der Auffassung aus, daß nur ein Mehrheitskabinett wirklich erfolgreiche Arbeit im Reichstag leisten könne; und er gelangt zu der Feststellung, daß die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Linken, zur Zeit wenigstens, nicht möglich sei, und daß der Versuch zur Schaffung einer auf die Mittelparteien gestützten Regierung gescheitert sei. Demgemäß ersucht der Reichspräsident Herrn Dr. Marx, die „Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien zu übernehmen“. Zum Schluß wird dann noch in dem Brief gesagt, daß diese neue Regierung, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen wahren solle.

Man sieht also, daß der Reichspräsident von vornherein nicht die Absicht gehabt hat, mit dem Gewicht seiner Stellung und seiner Persönlichkeit die Bildung eines Kabinetts der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung zu ermöglichen, obwohl die Sozialdemokratie zur Mitarbeit bereit war. Denn genau so, wie jetzt der Reichspräsident das Zentrum bestärkt, es solle es noch einmal mit den Deutschnationalen versuchen, genau so hätte er ja auch, wenn er gewollt hätte, die Deutsche Volkspartei bewegen können, von ihrer einseitigen Bindung nach rechts abzulassen und es mit der Sozialdemokratie zu versuchen. Wohin die Sympathien des Reichspräsidenten gehen, ergibt sich jedenfalls aus dem Brief zur Genüge. Die Rechtsparteien werden von diesen Sympathien erfreut sein, die Linksparteien weniger.

Die Aufgabe für das Zentrum und speziell für Dr. Marx ist wiederum nicht leicht. Dem Appell des Reichspräsidenten konnte sich die Zentrumsfraktion, mit welcher sich Dr. Marx sofort nach seinem Besuch beim Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt hatte, als staatspolitisch denkende Partei nicht gut entziehen. Dr. Marx wird also mit den Deutschnationalen verhandeln. Aber seine Fraktion wird ihm ein ganz bestimmtes Programm mit auf den Weg geben. Dieses politische Programm des Zentrums soll so ausgearbeitet sein, daß es den Deutschnationalen zu irgendwelchen Ausflüchten keine Gelegenheit gibt, sondern sie zwingt, zu den Fragen klipp und klar Stellung zu nehmen.

Die Entscheidung liegt also nunmehr bei den Deutschnationalen. Nach den Äußerungen ihrer führenden Blätter zu urteilen, sind sie mehr als bereit, eine Mehrheitskoalition zusammen mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum zu bilden, ja, sie melden für den Fall, daß Dr. Marx Kanzler eines Kabinetts der Mehrheitskoalition werden sollte, auch schon ganz bestimmte Forderungen an. „Es müßten für die Rechte Sicherheiten geboten sein, daß nicht persönliche Neigungen und Stimmungen die Zusammenarbeit gefährden“. Mit alledem ist aber die Frage noch nicht beantwortet, was die deutschnationale Reichstagsfraktion zu dem Programm der Zentrumsfraktion sagen wird. Daran ist ja wohl nicht zu zweifeln, daß die Zentrumsfraktion von den Deutschnationalen ein unumwundenes Bekenntnis zur Verfassung und befriedigende Erklärungen zu

den sonstigen, im Vordergrund des politischen Interesses stehenden Problemen verlangen wird. Die Deutschnationalen werden sich so oder so entscheiden müssen: entweder bekennen sie sich zu einer Politik, die ihrer bisherigen Agitation vollkommen entgegengeleitet ist, und kommen mit einem derartigen Opfer an Überzeugungen in die Regierung hinein, oder sie beharren bei ihrer bisherigen Haltung und beweisen damit auch dem Reichspräsidenten, daß die Bedenken des Zentrums berechtigt gewesen sind, und daß sich mit den Deutschnationalen auf dem Boden der Verfassung ehlich nicht zusammenarbeiten läßt.

Was die Demokraten betrifft, so hat ihre Fraktion, wie gemeldet wird, mit nicht mehr zu überbietender Entschlossenheit gegen den Reichsminister Gessler Stellung genommen, und seinen Rücktritt von neuem als Forderung aufgestellt. Weiter wird mitgeteilt, daß die Demokraten sich unter keinen Umständen an einer Koalition mit den Deutschnationalen beteiligen werden. Damit wäre die vom Reichspräsidenten gewünschte Koalition von vornherein als eine Rechtskoalition stigmatisiert. Wenn sie überhaupt zustandekommt!

Man kann die ganze Entwicklung der Dinge auf tiefste Beflagen und namentlich bedauern, daß die Idee der Großen Koalition im Lauf der letzten Woche durch die Schuld verschiedener Parteien so arg diskreditiert worden ist. Aber andererseits wird man denen zustimmen müssen, die ein weiteres Fortbestehen der Regierungskrisis für höchst gefährlich halten und, falls man nicht zu dem Mittel der Reichstagsauflösung greifen will, die Ansicht vertreten, daß eine Regierung, mag sie zunächst ausfallen wie sie will, im Interesse des Staates immer noch besser ist, als dieser krisenhaft Zustand. Allerdings wird dem weder entgegengehalten werden können, daß eine auf schwankender Grundlage errichtete Regierung von vornherein den Todeskeim in sich trägt und nicht zum Segen der Gesamtheit wird antieren können. Jedenfalls werden unsere Parteien im Reichstag mit der Zeit noch viel lernen müssen, bevor wir in Deutschland soweit kommen, daß das parlamentarische System auch technisch zur leidlichen Zufriedenheit funktioniert.

Zum 50. Geburtstag Schachts

Am 22. Januar d. J. vollendet der Präsident des Reichsbankdirektoriums Dr. Hjalmar Schacht sein 50. Lebensjahr. Unter den Persönlichkeiten, die an hervorragender Stelle am Wiederaufbau Deutschlands mitgewirkt haben, steht er mit in vorderer Reihe. Insbesondere ist sein Name mit der Stabilisierung der deutschen Währung untrennbar verbunden, die für alle Zeiten als eine wirtschaftliche Großtat ersten Ranges in der Weltwirtschaftsgeschichte weiter leben wird. Seiner Autorität als Devisen-Kommissar gelang die Ausmerzung des im Jahre 1923 anfänglich des Ruhrkampfes in riesigen Beträgen umlaufenden Papiergeldes, wodurch eine unerlässliche Voraussetzung für die Senkung der Valutenfurse auf den erwünschten Stand geschaffen wurde. Wichtig war es auch, daß Schacht die durch die Gründung einer Rheinisch-Westfälischen Notenbank drohende Zersplitterung des kaum gefestigten Geldwesens unter schwierigsten Umständen zu verhindern verstand. Mit der Ernennung Schachts zum Reichsbankpräsidenten (22. Dezember 1923) wuchs sein Aufgabekreis außerordentlich. Es galt, an die Stelle der auf längere Zeit kaum zu haltenden Rentenmark, etwas Dauerndes zu setzen. Durch die am 7. April 1924 eingehende Beschränkung der Notenbankkredite stellte er das Primat der Währung vor allen anderen wirtschaftspolitischen Forderungen fest und hielt trotz unablässiger vielfach gefährlicher Angriffe, Proteste und Beschwerden bis zur Wiederherstellung der ins Bankrott geratenen Stabilität der Währung energisch an seinen bis dahin unerhörten Maßnahmen fest.

Abweisung des Misstrauensantrages gegen die sächsische Regierung. Der sächsische Landtag hat am Donnerstag nach Beendigung der Aussprache über die Regierungserklärung den Misstrauensantrag gegen die Regierung selbst gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, während die Nationalsozialisten den Saal verlassen hatten. Der Antrag auf Auflösung des Landtages wurde ebenfalls abgelehnt gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. In diesem Falle stimmten die Nationalsozialisten mit den bürgerlichen Parteien und Allsozialisten.

Neuregelung der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen. Das preußische Staatsministerium hat den Entwurf eines Grund- und Gebäudesteuergesetzes verabschiedet. Das Gesetz, das an die Stelle des vorläufigen preußischen Grundvermögenssteuergesetzes tritt, sieht die Einführung des bei der Reichsbewertung festgestellten Einheitswertes auch für die preußische Grund- und Gebäudesteuer vor. Der Steuerfuß ist einheitlich für landwirtschaftliche wie für die übrigen Grundvermögen auf 3,6 pro Mille des Wertes vorgegeben. Bei Werten unter 100 000 M. soll der Steuerfuß auf 3 pro Mille ermäßigt werden.

Wirtschaftliche Umschau

Der dem Reichstag nun vorliegende Reichshaushaltsplan für das kommende Etatsjahr 1927/28 sieht ordentliche und außerordentliche Ausgaben von rund 8 1/2 Milliarden vor. Darin sind über 1 Milliarde Reparationszahlungen und Ausgaben für innere Kriegslasten, und ferner 2835 Mill. einschließlich der Ausgaben für Polizei, die an Länder und Gemeinden zu überweisen sind, enthalten, so daß abzüglich Steuerüberweisungen, Reparationen und innerer Kriegslasten rund 4 1/2 Milliarden Ausgaben für eigentliche Reichszwecke bleiben. Eine Riesensumme, welche die Vorkriegsausgaben weit übersteigt. Dabei muß freilich das Sinken des Geldwertes in Betracht gezogen werden und die sonstigen vermehrten Aufwendungen. In den Ausgaben sind für Pensionen, Wartegelder usw. rund 1 1/2 Milliarden (38 Proz. des ordentlichen Haushalts), für Gehälter und Soldatenlöhne 660 Millionen (17 Proz.) enthalten, 450 Millionen betragen die Sachausgaben für Heer und Marine. Für Erwerbslosenfürsorge sind im Reichsrat 380 Millionen vorgegeben, einschließlich der Kosten für die kommende, voraussichtlich am 1. April in Kraft tretende Arbeitslosenversicherung, während für das gegenwärtig noch laufende Haushaltsjahr 530 Millionen vorgegeben waren. Die Aufwertung der Kriegs- und Vorkriegsanleihen kostet 357 Mill., dazu kommt noch eine dafür in Aussicht genommene Anleihe in Höhe von 36 Millionen. Für den Ausbau von Binnenwasserstraßen sind 117 Mill. ausgeworfen.

Dies nur einige wesentliche der im Reichshaushaltsplan enthaltenen Riesenziffern auf der Ausgabenseite. Was die Einnahmen anlangt, so sollen Besitz- und Verkehrssteuern reichlich 5 Milliarden, Zölle und Verbrauchsabgaben 2 1/2 Milliarden, Verwaltungseinnahmen (Münzprägung, Post, Reichsbahn) 1/2 Milliarde bringen, zusammen 7 990 Mill., was der Höhe der im ordentlichen Etat in Aussicht genommenen Ausgaben entspricht. Während aber der außerordentliche Etat 536 Millionen Ausgaben vorsieht, stehen hier lediglich 8,2 Mill. an Verwaltungseinnahmen im Vorschlag, so daß hier ein Betrag von 528 Mill. auf Anleihe zu übernehmen ist.

Bereits mit dem vorjährigen Reichshaushaltsplan ist dem Reichsfinanzminister Vollmacht zur Aufnahme eines Anleihebedarfs in Höhe von 1 Milliarde bewilligt worden, so daß diese Summe nun 1 1/2 Milliarden betragen soll. Drei Viertel des Etatsjahres 1926 sind nun vorüber, ohne daß man zur Anleihe zu greifen brauchte, da die laufenden Einnahmen genügten und man mit einer Anleihebegebung natürlich solange als möglich auf einen möglichst günstigen Zeitpunkt wartet. Dazu kommt, daß manche außerordentlichen Ausgaben erst nach Schluß des Etatsjahres zu leisten sind und einige bereits für das Etatsjahr 1926 vorgegebenen Bauausgaben für produktive Erwerbslosenfürsorge in dem großen geplanten Umfang nur allmählich in Gang gebracht werden können. Da gegenwärtig die Lage des inländischen u. ausländischen Geldmarktes günstig ist, ist es möglich, daß das Reichsfinanzministerium die Gelegenheit benützt. Nach Blättermeldungen ist zunächst an eine inländische Emission von 300 bis 400 Mill. gedacht, an der sich auch das Ausland beteiligen kann.

Während noch vor kurzem in der deutschen Großindustrie die pessimistischen Stimmen überwiegen, vielleicht zum Teil aus taktischen Gründen, hören wir jetzt bessere Prognosen. So befragt der Geschäftsbericht der Krupp A.-G., deren Umstellung besonders schwierig ist und die seit Jahren mit Verlusten arbeitet, daß das vergangene Jahr — wenn es auch mit einem Verlust von 2,1 Mill. abschließt — bereits im Zeichen des Aufstiegs stand, daß die Gesellschaft nun auf eine gesunde Grundlage gestellt ist und zukünftig auf ein gewinnbringendes Arbeiten rechnen kann. Auch der Stahltrust hat dieser Tage mitgeteilt, daß die ihm angehörenden Werke außerordentlich stark beschäftigt seien — die Monatsproduktion von 1913 ist um 20 Proz. übertroffen — und ebenso steigen die Förderziffern des Ruhrgebiets trotz des Streikendes in England wieder an. Erfreulich hat sich der Abzug ins Ausland vergrößert. Die deutsche Stahleinfuhr steht jetzt in Japan an erster Stelle und hat sogar die amerikanische geschlagen. Der Bau der geplanten großen 1,3 Kilometer langen Donaubrücke bei Belgrad mit 14 Kilometern langen Bauten durch das Überschwemmungsgebiet, ein Objekt von ca. 25 Mill. M.

ist deutschen Firmen übertragen, und ebenso stehen deutsche Gruppen in aussichtsreichen Verhandlungen über Bahnbauten in der Türkei. Dazu weist die Diskontogesellschaft in ihrem letzten Bericht über die Wirtschaftslage daraufhin, daß die Schlüsselindustrien die Schrittmacher einer allgemeinen Konjunkturbelebung seien und ihnen bereits die Konsumindustrien, darunter die Maschinen- und die Textilindustrie, zu folgen beginnen. Hier sei allerdings noch mit Konjunkturschwankungen zu rechnen.

Die Debatte über die Ferngaspläne der Ruhrgebiets geht weiter, und hier zeigt es sich, wie sehr die Probleme der Kohlenverwertung miteinander verflochten sind. Zur Zeit stehen sich der Farbentrost und die Ruhrgebiets in Kampfstellung gegenüber. Der Farbentrost gewinnt bekanntlich aufbauend auf die mitteldeutsche Braunkohle in Keima Stickstoff und stellt unter Verarbeitung von Phosphorsäure und Kali aus diesen drei Stoffen seit einiger Zeit einen wasserlöslichen chemischen Düngemittel her, der als Univeraldünger große Ausichten im Inland- und Auslandsabfah hat. Die gleichen Pläne verfolgen aber die Ruhrgebiets, auf Steinkohle aufbauend. Sie wollen jedoch den Stickstoff nicht als Hauptprodukt, sondern als Nebenprodukt bei der Gaserzeugung in größtem Umfang gewinnen. Der Kalibergbau steht umworben zwischen beiden Konkurrenten, vielleicht dem Ruhrbergbau etwas näher. Die Trümpfpläne im Kalibergbau gehen offenbar von der Absicht aus, bei den zu erwartenden Auseinandersetzungen selbst eine möglichst feste Organisation zu haben. Übrigens sind bekanntlich auch in der Frage der Kohlenverflüssigung Farbentrost und Ruhrgebiets als Konkurrenten anzusehen.

Als weiterer Faktor in dieser Auseinandersetzung kommen die deutschen Gemeinden in Frage, die aus den an dieser Stelle schon dargelegten Gründen starke Bedenken gegen die Ferngasversorgung äußern. Verhandlungen der führenden Gasgesellschaften mit den Ruhrgebiets hatten bisher kein Ergebnis, da eine Beteiligung der Gasanstalten an der Kohlenverwertungsgeellschaft abgelehnt wurde. Ablehnend hat sich dieser Tage auch die Berliner Städtische Gaswerk N.-G. zu der Frage der Ferngasversorgung ausgesprochen, und das bisherige Angebot der Kohlenverwertungsgeellschaft als ungenügend bezeichnet. Diese stellt jetzt in Aussicht, der Stadt Berlin das Gas zu dem Preis von 1 Bfg. pro Kubikmeter zu liefern. Als Kampfmaßnahme gegen die Ruhrgebiets ist der Ankauf der Beche Westfalen durch die deutsche Continentalgasgesellschaft anzusehen, die den Bau einer eigenen Ferngasleitung von dieser günstig gelegenen Ruhrgebiets nach Berlin und Mitteldeutschland plant. Es ist natürlich durchaus möglich, daß es früher oder später doch zu Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Interessenten kommt. Eine solche Vereinbarung wird zu begrüßen sein, wenn daraus sich eine wirklich rationelle Verwertung der deutschen Kohlenvorkommen und eine Verbilligung für den Konsum ergibt, und für ein Ergebnis in dieser Richtung werden sicher auch die Regierungen in Reich und Ländern ihr Gewicht in die Waagschale werfen.

Bei den Gemeindevahlen in Cöln haben hauptsächlich die Sozialisten und die bürgerliche Linke den Sieg davongetragen. Die Zentrumspartei konnte ihre bisherige Stärke behaupten, während die Rechtsparteien zahlreiche Sitze verloren. Die Stimmbeteiligung betrug 60 Prozent.

Badisches Landestheater

Der Troubadour.

Vermutlich hat sich das Landestheater mehr einem äußeren Anlaß folgend als innerem Triebe gehorchend, an diese Neuaufstellung herangewagt; denn es sollte doch wohl in erster Linie dadurch zwei jungen Künstlern Gelegenheit geboten werden, ihr Können zu zeigen. Nun, Alfons Rißner, der mit der musikalischen Seite betraut war, und Robert Lebert, dem die Regie oblag, haben ihre Sache sehr gut gemacht. Allerdings scheint „Der Troubadour“ nicht gerade das geeignetste Objekt, um besondere Fähigkeiten zu erproben. Wie bei jeder Oper der Weltliteratur liegt sein Darstellungsstil einigermaßen fest, und selbst, wenn man behauptet, daß alles klappte und sozusagen vorzüglich geübt war, so ist damit eigentlich kaum Positives festgestellt. Und doch wirkte bei der Aufführung recht viel Eigenartiges mit. Es betraf freilich weniger die äußere Gewandtheit als den Körper und die Seele des Werkes. Sicherlich werden mir alle, die vor der Kampe in auffallend großer Zahl zusammengetrommt waren, zustimmen, wenn ich berichte, daß es eine der besten und geschlossenen Troubadouraufführungen war, die wir überhaupt in den letzten Jahren hier hörten.

Das bedeutet immerhin manches bei einem so routinemäßig und reicher angelegten Werk, wie es der Troubadour nun einmal ist, bei einem Produkt, das die Ästhetiker von heute so gerne deklassieren und das sogar sein Schöpfer selbst in späten Lebensjahren für null oder doch gleichgültig erklärt hat. Es waren also zumindest die Fehlerquellen, die zu solchem Urteil verführten, flug gemieden worden, und die Oper war wieder in jener stolzen Gipfelung dargestellt worden, die sie im Lebensgefühl der Operngeschichte einnimmt, d. h. von unerhörten Anfangsart an führte ihre Kurve ständig aufwärts und sie erzeugte intensive Spannung, — nicht leere Langeweile wie neulich die Eugenotten. Ein Kranz gebührt folglich jedem der verantwortlichen Leiter, und für beide eröffnet ihre Zusammenarbeit verheißungsvolle Perspektiven, selbst wenn man die Wirtshilfe subtrahiert, der sie sich bei allen Ausübenden erfreuen dürfen und der zu großem Teil das künstlerische Niveau zu danken war. Von Robert Rißner hörte man nämlich einen Troubadour, der in Verbindung mit der natürlichen Frische des Tones den Glanzstücken der Partie gefänglich nichts schuldig blieb, auch von Rudolf Weyrauch, der stimmlich einen besonders guten Abend zu haben schien, einen Grafen Luna, wie man ihn kaum besser erwarten durfte. Ebenso geschmackvoll fügte sich Max von Ernst als Leonore in den vornehmen Rahmen; man wünschte beinahe, sie möge das mezza voce, das ihr eine leichte Indisposition auferlegte, auch in anderen Partien härter bevorzugen! Jedenfalls gewann ihre Figur dadurch bedeutend an Sym-

Die Regierungsbildung im Reich

Ein neuer Auftrag an Marx

Reichspräsident von Hindenburg hat Donnerstag nachmittag folgendes Schreiben an den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx gerichtet, das den Weg zum Bürgerblock zu Verhandlungen mit den Deutschnationalen weist:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die außen- und innerpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Voten ist, zur Zeit wenigstens, nicht möglich. Der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert. Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Ersuchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstages mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen. Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages, persönliche Bedenken und Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer Führung zusammenzuschließen und sich hinter einer Regierung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren, in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volke in all seinen Schichten zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich Ihr ergebener

gez. von Hindenburg.

Zentrum und Bürgerblock

Die Zentrumsfraktion hat daraufhin am Donnerstag, abends 10 Uhr, folgenden Beschluß gefaßt:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat Berichte über die Regierungsbildung entgegengenommen. Sie erklart in dem Scheitern der von ihr mit allem Ernst angestrebten Regierung der Mitte eine bedenkliche Verwirrung der Lage. Damit ist ein Zustand geschaffen, der große staatspolitische Gefahren in sich schließt und länger nicht veranwortet werden kann. Der erneute Ruf an die Zentrumsfraktion, die Regierungsbildung führend zu beschleunigen, stellt die Fraktion vor eine überaus verantwortliche Aufgabe. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe legt die Fraktion Wert darauf, dem Lande gegenüber ihre außen- und innenpolitischen Richtlinien unter Berücksichtigung der neu geschaffenen Lage klar herauszustellen. Zu diesem Zweck wird die Fraktion am Freitag wieder zusammentreten.

Eine endgültige Entscheidung darüber, ob Herr Marx dem Ruf des Reichspräsidenten Folge leisten soll, ist damit noch nicht getroffen worden, wohl aber darf man den Formulierung des Beschlusses die Feststellung entnehmen, daß das Zentrum grundsätzlich bereit ist, den vom Reichspräsidenten empfohlenen Weg zu gehen, also an einem Kabinett zusammen mit den Deutschnationalen teilzunehmen. Die Fraktion will jedoch ein eigenes Programm aufstellen und den Deutschnationalen aufgeben, es ausdrücklich anzuerkennen. Der Fraktionsvorstand ist beauftragt worden, bis zu der nächsten Fraktionsitzung (Freitag abend) ein solches Programm auszuarbeiten. Es soll dann veröffentlicht werden und dann sollen die Deutschnationalen Gelegenheit erhalten, sich dazu zu äußern.

Die „Germania“, die bekanntlich oft die Auffassung des linken Flügels des Zentrums wiedergibt, schrieb am Donnerstag ohne Bezugnahme auf den am späten Abend gefaßten Beschluß des Vorstandes der Zentrumsfraktion in einer Besprechung des Hindenburg-Briefes:

„Am Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung gemessen stellt dieser Brief, gelinde gesagt, ein singuläres Dokument dar. In der Terminologie des Zentrums, dessen Wählererschaft zu einem sehr starken Bruchteil sich aus christlichen Arbeitern zusammensetzt, paßt der Ausdruck „bürgerliche Parteien“ schlecht hinein. Der Brief ist nicht lediglich ein Auftrag zur Kabinettsbildung, wie ihn die Reichsverfassung vorsieht, er ist

pathie, die man auch der Zigeunerin Yucena Magda Strads nicht versagen konnte, zugleich der schauspielerisch durchdachten Leistung des eindrucksvollen Abends. Sehr lebendig ergänzten dies hauptsächlich Quartett Emmy Seiberlich, Adolf Vogel und Hans Siegfried. Ihrer Stimmensaltung kam ebenfalls zustatten, daß sie in der musikalischen Leitung eine wirkliche Stütze gefunden hatten, und ihrem epischen Eingreifen in die Handlung wurde schon deshalb besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil der junge Spielhüter sie sehr geschickt von der üblichen Spielform ablenken und verstand. Alles in allem — man darf wieder die Bühnenbilder Emil Burkards noch die Kostüme Marg. Schellenbergs vergessen und muß auch die Haltung des Chores und Orchesters mit dankbarer Anerkennung erwähnen — ein reißendes und ungemein befriedigendes Theaterereignis. Dementsprechend setzte schon nach dem ersten Zwischenakt und bei den einzelnen Aufzügen lebhafter Applaus ein; und die Hände, die sogar nach einigen Trabourarien nicht mehr in Ruhe bleiben konnten, kamen natürlich am Schluß erst recht in größte Bewegung.

Prof. Serings 70. Geburtstag. Dem Vertreter der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Berlin, Geheimrat Dr. Sering, sind anläßlich seines 70. Geburtstages von Mitgliedern der Reichsregierung Glückwunschkarten zugegangen. Dr. Marx schreibt u. a.: Mit weiten Kreisen der Wissenschaft und Wirtschaft empfinde ich es mit Stolz, heute einen Mann zu feiern, dessen wissenschaftliche Kenntnisse von so großer praktischer Bedeutung für die Stärkung der deutschen Volkskraft geworden sind und dessen vielfach bewährte Mitarbeit wir auch in Zukunft dringend bedürfen. — Dr. Brauns dankte als Leiter des Ministeriums, das sich mit Fragen des Siedelungswesens zu befassen hat, Geheimrat Sering als dem stärksten wissenschaftlichen Vorkämpfer und Förderer dieses Gedankens. — In einem Schreiben Dr. Haslindes heißt es u. a.: In den letzten Jahren dürfen Sie es erleben, daß Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag und mit ihnen das gesamte deutsche Volk ihren Lehren folgend, eine neue, große, hoffentlich segensreiche Siedelungsaktion eingeleitet haben.

Die Wilhelm-Trübnerausstellung in Basel. Um die soeben eröffnete Wilhelm-Trübner-Gedächtnis-Ausstellung in Basel haben sich bereits bei der Eröffnung vier große deutsche Städte bemüht. Leider ist eine Überführung des aus München und Privatbesitzungen zusammengebrachten Materials an einen anderen Ort gänzlich ausgeschlossen, da die meisten Besitzer nur für diesen einmaligen Zweck der Gedächtnis-Ausstellung ihr kostbares Gut zur Verfügung gestellt haben. Die Ausstellung kann also nur in Basel gesehen werden.

ein ausgesprochen politischer Akt. Er zwingt die Zentrumspartei, gegenüber der in dem Brief enthaltenen politischen Stellungnahme ihrerseits ein politisches Geständnis abzulegen. Ohne eine vorherige gewissenhafte und gründliche Feststellung der sachlichen Ziele der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf dem Gebiete der Außen-, der Sozial- und der Verfassungspolitik, die ein positives oder negatives Resultat zeitigen mag, kann es für das Zentrum überhaupt nicht in Frage kommen, einen weiteren Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten.

Die Haltung der Demokraten

Aus Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion hört das Nachrichtenbüro der Deutschen Zeitungsverleger: Es handelte sich hier um eine Regierung, die nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei. Wenn die demokratische Partei sich beteiligen wollte, so müsse sie von den Deutschnationalen Garantien, namentlich auf dem Gebiete der Außenpolitik fordern und gegenüber den Äußerungen im monarchistischen Sinne, die von den deutschnationalen Führern ständig gemacht würden. Es bestehe also kein Zweifel, daß die demokratische Fraktion sich an der neuen Regierung nicht beteiligen werde, sondern ihr gegenüber in Opposition treten werde. — Bezüglich der Stellung der bisherigen demokratischen Minister erklärt man weiter, sich auf Halbheiten nicht einlassen zu können. Gegenüber verschiedenen Gerüchten könne festgestellt werden, daß nicht der geringste Anlaß vorliege, zu prüfen, daß der Finanzminister Reinhold seine Parteizugehörigkeit abgeben werde. Bezüglich Dr. Gessler werde die Partei keinen Zweifel darüber lassen, daß er in keiner Weise ihr Vertrauensmann sei, und daß die politischen Beziehungen zwischen Dr. Gessler und der Partei nicht aufrecht erhalten werden können, wenn es dieser Regierung beitreten sollte.

Die Frage der Kabinettsbildung

DDJ. Berlin, 21. Jan. (Tel.) In der Frage der Kabinettsbildung ist heute vormittag kein weiterer Fortschritt erzielt worden, da dazu die Entscheidung des Zentrums abgewartet werden muß. Am Vormittag versammelten sich bereits einige Herren vom Zentrumsvorstand, um den Richtlinien, die für die Besprechung mit den Deutschnationalen eine Rolle spielen werden, die letzte reaktionelle Fassung zu geben. — Die Zentrumsfraktion versammelte sich um 11 Uhr; jedoch ist auch in dieser Sitzung bei der Bedeutung der Beratungen noch kein Ergebnis zu erwarten. Die Zentrumsfraktion wird vielmehr heute Abend nach der Plenarsitzung eine weitere Besprechung abhalten.

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei versammeln sich gleichfalls heute Mittag. Es kann sich jedoch auch hier nur um informatorische Besprechungen handeln, da ohne Kenntnis des Programms des Zentrums Entscheidungen nicht getroffen werden können. Die anderen Fraktionen werden erst heute Abend zusammentreten können.

Deutscher Reichstag

DDJ. Berlin, 20. Jan.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Dr. Rosenberger (Rom.) die sofortige Beratung der Anstehende Vorlage in erster Lesung. Die Dringlichkeit dieser Vorlage erhebe sich einerseits aus dem Fall Lüttich, andererseits aus dem Fall Sölz.

Abg. Kling (Bahr. Bauernbund) verlangt die sofortige Beratung der Biersteuererhöhung. — Beiden Anträgen wird widersprochen, so daß die Tagesordnung unverändert bleibt. Bei der nun folgenden zweiten Beratung des Gesetzeswurdes über

die Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren

erzucht der Ausschuss in einer Entscheidung die Regierung um Vermehrung der beim Reichsgericht zugelassenen Rechtsanwälte. — In einer weiteren Ausschussentscheidung wird die Aufhebung der Bestimmungen über die Vorweigerung der Gerichtskosten verlangt.

In seinem Ausschussbericht weist Abg. Dr. Wandertal (D. Rpt.) darauf hin, daß die Vorlage eine wesentliche Ermäßigung der Gerichtskosten, besonders bei den Streitgegenständen von höherem Wert, bringt.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragt, die Bestimmungen über die Gerichtskostenvorschlüsse am 1. April 1928 aufzuheben.

Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium stimmt der Tendenz des Antrages Rosenfeld zu. Im Augenblick könne der Staat aber auf die Einnahmen aus den Gerichtskostenvorschlüssen nicht verzichten.

Abg. Dr. Fried (Wöl.) bezeichnet es als unwürdig eines Rechtsstaates, wenn die Beschneidung des Rechtsweges übermäßig verweigert werde. Auch dieser Redner beantragt Aufhebung der Gerichtskostenvorschlüsse. — Damit schließt die Aussprache.

Ein deutschnationaler Änderungsantrag wird mit 180 gegen 139 Stimmen im Sammel sprung abgelehnt. — Nachdem auch die Änderungsanträge Dr. Rosenfeld und Dr. Fried abgelehnt worden waren, wird die Vorlage in zweiter und gleich darauf auch in dritter Beratung endgültig angenommen. — Angenommen werden auch die Entscheidungen des Ausschusses. — Um 4 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag nachmittag 3 Uhr. Tagesordnung: Zweite Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Lohnbewegung auch im pfälzischen Weinbau. Wie die „Pfälz. Post“ meldet, sind Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der pfälzischen Landwirtschaft und des pfälzischen Weinbaues ergebnislos verlaufen. Von der Verbandseite des Deutschen Landarbeiterverbandes war eine Erhöhung der derzeitigen Löhne um 15 Prozent gefordert worden. Die Arbeitgeberverbände erklärten sich aber nur zur Gewährung einer Winterzulage bereit, was von den Arbeitnehmervertretern als unzureichend abgelehnt wurde. Der von den Arbeitnehmern angeregte Schlichter wird nunmehr zu entscheiden haben.

Verfassungsreformen in Braunschweig. Eine dem braunschweigischen Landtag zugegangene Vorlage der Regierung verlangt in Abänderung der geltenden Verfassung eine Verabredung der Zahl der Abgeordneten des Landtages von 48 auf 36 und weiter die Aufnahme einer Bestimmung in die Verfassung, nach der die Mitglieder des Staatsministeriums nicht gleichzeitig Landtagsabgeordnete sein können. Für diese Verfassungsänderung ist eine Zweidrittel-Mehrheit des Landtages erforderlich.

Die Deutsche Turnerschaft. Am 1. Januar 1926 zählte die Deutsche Turnerschaft 12 400 Vereine in 10 777 Vereinsorten. Die Gesamtmitgliedszahl betrug 1 600 028 Vereinsangehörige, darunter 1 069 741 Männer, 178 327 Frauen, 219 343 Knaben und 137 612 Mädchen. Der größte deutsche Turnkreis war der sächsische (Freistaat) mit insgesamt 267 637 Vereinsangehörigen. Ihm folgten der Größe nach der Mittelrheinkreis, Bayern, Thüringen und Brandenburg. Der kleinste deutsche Turnkreis ist der „Nordosten“. Unter den Großstädten weist die Reichshauptstadt Berlin mit 37 541 Vereinsangehörigen die größte Zahl von Turnern und Turnereinnen auf. Es folgen Leipzig, Dresden mit rund 28 000 bzw. 20 000 Turnern.

Politische Neuigkeiten

Reichsratsbeschlüsse

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Vollversammlung ab. In dem Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung vom 10. Dezember vor. Es ist eine Bestimmung enthalten, nach der der Reichsarbeitsminister ermächtigt ist, mit Zustimmung des Reichsrates Vorschriften zu erlassen, durch die eine gleichmäßige Prüfung der Bedürftigkeit sichergestellt und Sätzen ausgeschlossen werden. Der Arbeitsminister hat dem Reichsrat nunmehr eine Verordnung vorgelegt, wonach der Kreis der Familienangehörigen, deren Einnahmen bei Prüfung der Bedürftigkeit zu berücksichtigen sind, auf diejenigen beschränkt wird, die nach dem BGB. unterhaltspflichtig sind. Der Reichsratsausschuss war nicht ganz frei von Bedenken. Es war ihm klar, daß vorwiegend durch die Verordnung sehr erhebliche Mehrausgaben für Reich und Länder entstehen würden. Die Reichsregierung gab aber eine Erklärung ab, daß, sofern ein Land nachweist, daß ihm durch die Abänderung der Ausführungsvorschriften erhebliche Mehrkosten entstehen, das Reich bereit ist, diese zu ersetzen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung wurde der Verordnung zugestimmt.

Der Reichsrat stimmte weiterhin einer Verordnung über Ortsklasseneinteilung bei Einkommensbesitzern zu. Durch diese Verordnung wird der bis 1914 geltende Zustand wiederhergestellt, daß, wenn Einkommensbesitzer an Orte einer höheren Ortsklasse gelangen, die eingemeindeten Orte ohne weiteres in die höhere Klasse eingereiht werden. Gehören aber die eingemeindeten Orte bereits höheren Ortsklassen an, so sollen diese beibehalten werden.

Der Zinsfuß 7 Prozent

Von zuständiger Berliner Seite wird mitgeteilt: Der Zinsfuß für die Berechnung des Zinsfußes, der bei vorzeitiger Rückzahlung ausgereiteter Hypotheken und Industrieobligationen in Abzug gebracht wird, ist zuletzt, und zwar für die Zeit vom 1. April 1926 ab, auf 8 v. H. festgesetzt worden. Seitdem hat die Flüssigkeit am kurzfristigen Geldmarkt weiter zugenommen und sich auch auf den längerfristigen übertragen und damit günstig auf das Zinsniveau auch langfristigen Geldanlagen gewirkt. Dies zeigt sich an den Zinsbedingungen der inzwischen ausgegebenen langfristigen Anleihen sowie an der Kursentwicklung der Pfandbriefe.

Nachdem diese Entwicklung gezeigt hat, daß es sich vorwiegend nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt, worauf übrigens auch die neuerliche Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes auf 5 v. H. hindeutet, hat die Reichsregierung nunmehr hinsichtlich der Festsetzung des Zinsfußes die Folgerungen gezogen und durch Durchführungsverordnung den Zinsfuß auf 7 v. H. herabgesetzt. Der neue Zinsfuß gilt in allen Fällen, in denen der Rückzahlungstermin nach dem 23. Januar 1927 liegt.

Kurze Nachrichten

Mahnahmen gegen neue Zwischenfälle. Auf Grund der letzten Zwischenfälle hat sich die Stadtverwaltung Mainz an die französische Behörde mit dem Ersuchen gewandt, durch entsprechende Maßnahmen Vorbeugung zu treffen, daß die Bevölkerung gegen derartige Verletzungen geschützt werde. Daraufhin wurde französischerseits angeordnet, daß in den abgelegenen Stadtteilen nach Eintritt der Dunkelheit ein besonderer Patrouillendienst durch Militär und Gendarmen eingerichtet würde.

Der russische Volkskommissar Tschitscherin ist am Donnerstag in Wiesbaden eingetroffen und hat im Hotel „Der Jahreszeiten“ Wohnung genommen.

Beurlaubungen bei einem Berliner Bezirksamt. Wie die „Deutsche Post“ mitteilt, ist der 48 Jahre alte Oberstadtsinspektor Wachsmuth vom Berliner Bezirksamt Prenzlauerberg beurlaubt worden. Er hat als Vorherrscher der Wohlfahrtskommission seit 1920 Aktive beurlaubt und 10-15 000 RM. unterschlagen. Ferner soll er Unterschriften gefälscht haben.

Die Finanzpolitik Poincarés. Der Vorsitzende des Finanzausschusses der Kammer, der Abg. Malby, ist beauftragt worden, Poincaré zu ersuchen, in der kommenden Woche im Ausschuss über seine Absichten in der Frage der Stabilisierung der Währung, der interalliierten Schulden, des Zinsfußes sowie hinsichtlich der allgemeinen Finanzpolitik zu berichten.

Die deutsche Sprache in Amerika. In einem Rundschreiben an die Schulen betont das amerikanische Amt für Erziehung und Unterricht die Wichtigkeit der Erlernung der deutschen Sprache für ein späteres wissenschaftliches Studium.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuss Karlsruhe

hat am Donnerstag nach recht eingehenden Beratungen einer Änderung der städtischen Beibehaltungssatzung zugestimmt, die, wie bereits mitgeteilt, die automatische Regelung der städtischen Beamtengehälter nach rechtsrechtlichen Grundbänden mit dem 1. März aufhebt. Wie Bürgermeister Sauer mitteilt, hat die Wehrmachtbeihilfe für die städtischen Beamten und Arbeiter die Stadt mit 205 000 M. belastet. Stadtv. Obmann Notzweiler (Soz.) wandte sich gegen eine Erhöhung der städtischen Beamten auf 100 000 M. Die Vorlage sei die Folge der Aufhebung des Besoldungs-Sperregesetzes durch das Reich. Sie bedeute grundsätzlich die Jurisdiktion eines Städtischen Selbstverwaltung. Die Beamten dürften Vertrauen zum Bürgerausschuss haben.

Ferner wurde einer Reihe von Notstandsarbeiten, die einen Gesamtaufwand von 623 000 M. erfordern, zugestimmt, u. a. Erdarbeiten zu einem Strandbad auf der Insel Rappenswörth, Bau des Rappurter Sammelkanals, die Herstellung einer Ringstraße im Hardwald, Herstellung einer Überführung über die Hardstraße, Erweiterung des Karlsruher Flugplatzes.

Bürgermeister Schneider wendete sich gegen die Behauptung, daß durch die Ringstraße der Hardwald verschandelt werde. Wenn man später den Hardwald für Siedlungszwecke benutzen wollte, so könne dann die Ringstraße in keiner Weise hindern. Auch bei einer evtl. Belegung im Norden der Stadt müßte der Park innerhalb des Waldes erhalten bleiben und die Bebauung müßte sich diesem Ring anschließen. Im Auftrage des Finanzministers gab er die Erklärung ab, daß ihm die Einwendungen gegen das Projekt bekannt gewesen seien und daß er trotzdem seine Zustimmung zur Finanzierung der Ringstraße gegeben habe.

Die dritte Redarbrücke in Heidelberg. Der Bürgerausschuss Heidelberg bewilligte am Donnerstag die Erbauung der dritten Redarbrücke nach den Plänen der Firma Wagh & Freytag. Danach soll in der verlängerten Witternauerstraße eine Redarbrücke von 20 Meter Breite erstellt werden. Die Kosten betragen 1 480 000 Mark, von denen die Redarbauverwaltung 300 000 Mark als Beitrag in Aussicht gestellt hat.

Badischer Teil

Badischer Landtag

D. J. Karlsruhe, 20. Jan.

In der am Nachmittag fortgesetzten

Aussprache über die „Friedrich-Warte“

erklärte: Abg. Dees das Einverständnis der demokratischen Fraktion mit den Ausführungen des Staatspräsidenten.

Abg. Döck (Komm.) sieht in der neuen 10 Pfennig-Warte ein Mittel der monarchistischen Propaganda.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe bekämpft eine Geschichtsschreibung mit herabschender Tendenz, wie sie in den Artikeln der Zentrums- und sozialdemokratischen Presse zum Ausdruck komme.

Die Abg. Dr. Schmittner (Bürgl. Vgg.) und Bauer (D. Vp.) bedauern in ihrem kritischen Schlußwort nochmals die Haltung der Regierung.

Der Antrag, der das Bestreben darüber ausdrückt, wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei abgelehnt und der Antrag der Koalitionsparteien angenommen, der die Regierungserklärung billigt.

Annahme fand ferner der bereits erwähnte

Antrag zur Abbaupolitik der Reichsbahn,

dazu ein kommunistischer Zusatzantrag, wonach die verloren gegangenen Pensionsrechte des Eisenbahnpersonals auf das Reich übernommen und die Arbeitszeit auf acht Stunden verkürzt werden soll. Deutsche Volkspartei und Bürgerliche Vereinigung üben Stimmhaltung.

Abg. Recheiter (Komm.) begründet eine Interpellation, die sich gegen die Beschlagnahme des Arbeiter-Kalenders für 1927 richtet.

Namens des Innenministers erklärt Oberregierungsrat Dr. Keller, daß die Beschlagnahme des kommunistischen Arbeiter-Kalenders auf Antrag des Oberreichsanwaltes erfolgt ist.

Abg. Dr. Schmittner begründet eine förmliche Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung betr. die Feststellung der Einheitswerte nach dem Reichsbewertungsgesetz.

Er befaßt sich über eine beträchtliche steuerliche Vorbelastung der badischen Wirtschaft, da das Landesfinanzamt Karlsruhe für Fabrikgebäude, Einfamilienhäuser und Mietshäuser den Höchstfuß zugrunde gelegt hat, während in Norddeutschland als Norm für die Bewertung der Grundstücke zur Reichsvermögensteuer die untersten Sätze zugrundegelegt werden.

Ministerialrat Dr. Bunt erklärt für den Finanzminister, daß der Präsident des Landesfinanzamtes die Finanzämter schon im September v. J. angemeldet habe, in Fällen, in denen Wertungsleistungen festgestellt sind, durch Anwendung geringerer Sätze im Einpruchsverfahren entgegenzukommen.

In der Aussprache forderte:

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) generell eine andere Bewertungsmethode. Die steuerliche Belastung sei untragbar. Es könne momentan nur gelöst werden, wenn die Nachzahlungen auf die Vermögenssteuer für das Jahr 1925 erlassen oder, soweit sie bereits geleistet sind, auf das Jahr 1926 angerechnet werden. Weiter müsse man eine Senkung der Reichsvermögensteuer verlangen. Auf Vorschlag des Präsidenten wird ein entsprechender Antrag der Volkspartei dem Haushaltsausschuss überwiesen, ebenso ein Antrag der Bürgerlichen Vereinigung, beim Landesfinanzamt Karlsruhe dahin vorstellig zu werden, daß eine höhere Bewertung der badischen Wirtschaft, als jener gleichartiger Gebiete des Deutschen Reiches unterbleibe.

Abg. Weiskopf (Ztr.) erörtert speziell die Bewertungsfrage für das landwirtschaftliche Vermögen.

Ministerialrat Dr. Bunt äußert sich über die Struktur des Reichsbewertungsgesetzes.

Abg. Dr. Engler (Soz.) erinnert an die steuerlichen Leistungen der Arbeitnehmer und bittet die Regierung, endlich eine Statistik darüber vorzulegen, wie die einzelnen Stände und Kreise am Steueraufkommen beteiligt sind. Die Grundlagen seien vorhanden.

Abg. Dr. Schmittner verkennt im Schlußwort nicht die Schwierigkeiten, die einer gleichmäßigen Bewertung entgegenstehen.

Es folgt die Erledigung einer Reihe von Gesuchen persönlicher Natur gemäß den Ausschlußbeschlüssen. Die Öffentlichkeit interessiert:

Die Beschwerde des Professors von Below

in Freiburg gegen gehaltliche Zurücksetzung gegenüber seinen jüngeren Kollegen.

Abg. Dr. Hoffmann (Ztr.) stellt als Berichterstatter den Antrag, die Eingabe der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß sie prüft, ob dem Professor von Below ein neuer Lehrauftrag mit einer entsprechenden Remuneration erteilt werden kann.

Abg. Dr. Engler (Soz.) erklärt, es sei ungerecht, wenn Herr von Below von einem Ferngericht der Regierung spreche. Auch viele andere Beamte hätten abgebaut werden müssen und es sei dabei durchaus sachlich verfahren worden. Die sozialdemokratische Fraktion lehne eine Sondermaßnahme für Herrn von Below der Konsequenzen wegen ab. Sie müßte sich aber gegen einen nachträglichen Lehrauftrag auch aus dem Grunde entscheiden, wenn, daß Herr von Below wie sein anderer gegen die Männer des neuen Regimes geschrieben hat.

Abg. Dr. Döcker (D. Vp.) betont, daß Prof. von Below keineswegs seiner Partei angehöre. Er, der Redner, wolle sich auch nicht hinter die Veröffentlichungen des Herrn von Below stellen. Im Ausschuss habe man aber eine objektive Angerechtigtheit diesem tüchtigen und dienstfertigen Gelehrten gegenüber festgestellt. Nach unserer Auffassung ist von Below aus anderen als sachlichen Gründen zurückgesetzt worden. Deshalb haben wir den Antrag eingebracht, daß Besuch empfindend zu überweisen. Es soll ihm nachträglich gewährt werden, was ihm ungerichtet verweigert wurde.

Abg. Engler (Ztr.) beantragt Übergang zur Tagesordnung. Herr von Below habe seinerzeit gegen den Fiskus mit der Begründung geklagt, daß zwei Professoren gehaltlich besser behandelt worden seien. Die Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen. Eine Rechtsberufung des Staates kann also keinesfalls anerkannt werden. Der Redner zitiert in übrigen Artikel des Prof. von Below, die schwere Angriffe gegen die Regierung Wirth enthielten und schlägt, der Landtag habe von sich aus keine Veranlassung, von Below einen Lehrauftrag zu verschaffen, zumal nach keiner Richtung hin ein Anrecht oder gar politische Motive nachgewiesen werden können.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürg. Vgg.) erklärt, es handle sich nicht darum, Herrn von Below ein erhöhtes Einkommen zu verschaffen, sondern ein Unrecht gut zu machen. Aber seine wissenschaftliche Befähigung bestände über Deutschlands Grenzen hinaus kein Zweifel. In der Tat habe seinerzeit eine auffällige Zurücksetzung des Herrn von Below stattgefunden, für die keine sachlichen Gründe ins Feld geführt werden könnten. Um die Sache aus der Welt zu schaffen, möge man dem Ausschussantrag zustimmen.

Abg. Schred (Komm.) ist für Übergang zur Tagesordnung. Abg. Dr. Kemmele (Soz.) erklärt: An der wissenschaftlichen Qualität des Herrn von Below wollen wir nicht zweifeln, auch nicht an seinen menschlichen Eigenschaften. In politischer

Beziehung ist das Nötige gesagt worden. Ein objektives Unrecht ist nicht geschehen, weil das Beamtenprinzip auf die freien Gelehrten nicht angewendet werden kann. Bei dem starken Mangel an bedeutenden Gelehrten ist es dahin gekommen, daß wir heute eine große Zahl von Professoren mit Einzelgehältern haben.

Unterrichtsminister Dees hält es für ausgeschlossen, daß der Vollziehung des Antrages der Deutschen Volkspartei nähergetreten werden kann; das sei rechtlich unmöglich. Nach einem Schlußwort des

Abg. Dr. Döcker (D. Vp.) wird dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung mit 32 gegen 12 Stimmen der Demokraten, Volkspartei und Bürgerl. Vereinigung bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) erklärt zur Abstimmung, daß er in dem Ausschussantrag eine sachgemäße Erledigung der Angelegenheit gesehen hätte.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung unbestimmt. — Schluß 10 Uhr.

Künstler-Wettbewerb

Die badische Staatsschuldenverwaltung in Karlsruhe veranstaltet unter den in Baden wohnenden Künstlern einen Wettbewerb zur Erlangung von Skizzenentwürfen über eine Schuldverschreibung der badischen Staatsanleihe 1927. Als letzter Termin der Einlieferung der Entwürfe ist Donnerstag, der 17. Februar 1927 bestimmt. Es sind 4 Preise zu 500, 300 und je 150 RM. festgesetzt. Die Ausführung wird besonders honoriert. Künstler, die sich beteiligen wollen, können die näheren Bedingungen von ihren Landesorganisationen und von der badischen Staatsschuldenverwaltung, für Karlsruhe auch vom Verein bildender Künstler, erhalten.

Falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark

Seit Anfang 1926 werden im ganzen Reich falsche Reichsbanknoten zu 20 Reichsmark verbreitet, welche an folgenden Merkmalen unschwer zu erkennen sind: Das Papier besteht aus zwei zusammengefügten Blättern, einem kräftigeren, leicht gelb geäderten und einem hauchartigen, bräunlich gefärbten Deckblatt. Die Pflanzfasern sind durch falsche, zwischen die Blätter gelagerte, dünne Fasern ersetzt. Die Vorderseite zeigt ein grobes, verwischtes Gesamtbild. Das in unregelmäßigen Linien mangelhaft nachgezeichnete Frauenbildnis kennzeichnet die Fälschung auffällig. — Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Hersteller und Verbreiter dieser Fälschungen zu fassen. Da hauptsächlich die Geschäftswelt durch Annahme dieser Scheine empfindlich geschädigt wird, wird sie besonders ersucht, diesen Fälschungen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und gegebenenfalls den Verbreiter der Fälschung oder Geldbarmerie zu überliefern. Für die Aufdeckung von Fälschungen wird ein Betrag von 3000 M. Belohnung.

Bankdirektor Kuhnert gesucht

Von der Kriminalpolizei Berlin wird jetzt auch der 47-jährige Bankdirektor Max Kuhnert aus Dorst wegen Anstiftung zur Aktienbeseitigung und Beamtenebstehung gesucht. Er hat sich zuletzt in der Schweiz aufgehalten.

Fahrplankonferenz

In den Räumen der Handelskammer Karlsruhe fand am Mittwoch eine Fahrplankonferenz statt. Nach den Ausführungen des Oberregierungsrats Finsch wird sich der Sommerfahrplan 1927 im Rahmen des Sommerfahrplans 1926 halten. Verbesserungen wird der Fernverkehr erhalten durch Verbesserungen im Verkehr mit Berlin, Hamburg, den Rheinländern, der Schweiz und Italien. Erstmals wird die Ost- und Simphon-Bahn durch direkten Wagenlauf Hamburg-Mailand in den direkten Nord-Süd-Verkehr über Deutschland einbezogen werden. Eine Reihe von Fragen, den Verkehr betreffend, kam zur Sprache, so die Indirektstellung von Triebwagen, die Gültigkeit von Sonntagsfahrplänen in den Schnellzügen, die regelmäßige Führung eines Ausflugs Sonderzuges von Nordbaden nach dem Schwarzwald usw. Alle im Winterfahrplan infolge der Fahrplankürzung weggefallenen Züge werden bestimmt im Sommerfahrplan, in einzelnen Ausnahmefällen vielleicht etwas früher, wieder in Kraft treten.

Aus der Landeshauptstadt

Einzug neuer Rentenbanknoten. Durch Bekanntmachung vom 20. Dezember ruft die Deutsche Rentenbank die Rentenbanknoten zu fünf Rentenmark — ohne Kopfbildnis, mit Ausfertigungsdatum vom 1. November 1923 — zur Einziehung auf. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen noch bis zum 31. Januar 1927 in Zahlung gegeben werden, bei den Kassen der Reichsbank aber bis zum 14. April 1927 gegen andere Rentenbanknoten oder gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Mit Ablauf des 14. April 1927 werden die aufgerufenen Rentenbanknoten kraftlos. Es erfolgt damit auch die Umkehrung und Einlösungspflicht der Deutschen Rentenbank. Anstelle der durch diese Bekanntmachung aufgerufenen Rentenbanknoten gelangen neue Scheine zu fünf Rentenmark vom 2. Januar 1927 mit dem Kopfbildnis eines Landmädchens mit einem Ahrenbüchel, wie solche sich bereits seit dem 15. Juni 1926 im Verkehr befinden, zur Ausgabe.

VI. Sinfonie-Konzert des Badischen Landestheaterorchesters. Zu einem der wertvollsten musikalischen Ereignisse der dieswintlichen Saison verspricht das sechste Sinfonie-Konzert am nächsten Montag, den 24. Januar, zu werden. Allein schon die Persönlichkeit des Gastdirigenten erfordert erhöhtes Interesse. Professor Franz Schalk, noch ein Schüler Bruckners, zählt heute zu den bekanntesten Orchesterleitern Österreichs. Die größte Glanzzeit der Wiener Staatsoper hat er neben Gustav Mahler und H. Strauß mitheraufgeführt; er ist gegenwärtig wieder alleiniger Direktor dieses weltberühmten Instituts. Aber auch die Werke des Programms beanspruchen ungewöhnliche Aufmerksamkeit. Als Novität erscheint im ersten Teil ein Klavierkonzert in Cdur von dem seit Jahren hier lebenden russischen Komponisten Nikolai Lednitsch. Wie bei der erfolgreichen Uraufführung in Wien wird Hans Bruch (Mannheim) den Solopart spielen. Die zweite Hälfte der Vortragsfolge fällt G. Mahlers „Lied von der Erde“, das künstlerisch und menschlich ergreifendste Werk des großen Romantikers. Die der kostbaren Sammlung „Die chinesische Flöte“ von Hans Weyhe entnommenen Liedtexte werden Robert Bus und Magda Straß singen. Das etwa zweistündige Konzert beginnt, wie üblich, um 8 Uhr.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Leichte Schneefälle reichten gestern auch bis zur Ebene herunter. In Südbaden war es zeitweise heiter. Auf dem Schwarzwald herrschen heute Morgen durchschnittlich 4-5 Grad Kälte, bei Schneefall und leichten nordöstlichen Winden. Auch in der Ebene fällt leichter Schnee bei Temperaturen um 0 Grad. Ein südlicher Ausläufer des Wirbels bei Island liegt heute als Tiefdruckfurche über England. Er wird bei seiner Annäherung auch für Baden weitere Schneefälle mit nachfolgender geringer Erwärkung bringen. — **Voraussichtliche Witterung für Samstag:** Weitere Schneefälle bei möglichem Frost im Gebirge und Temperaturen um 0 Grad, in der Ebene, später wieder Erwärmung bei aufrichtenden Westwinden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Eittingen, 20. Jan. Der einzige Ehrenbürger der Stadt Eittingen, Rudolf Buhl, beging gestern seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß sprach der Gemeinderat ihm die herzlichsten Glückwünsche aus und brachte erneut Dankbarkeit und Vertrauen zum Ausdruck, welche sich der Jubilar während seines 70jährigen öffentlichen Wirkens auf dem Rathhause in allen Kreisen der Bevölkerung erworben hat. In Anwesenheit des Landrats Dr. Bopp begrüßte der Gemeinderat abends den Ehrenbürger in seiner Mitte. Bürgermeister Dr. Voßler feierte den Jubilar in herzlichster Weise.

Bühl, 20. Jan. Einen schönen Erfolg darf die Firma Schwarzwälder Granitwerke G. Kieberle in Bühl verbuchen, indem sie zu den Lieferungen für einen nationalen Monumentalbau, das argentinische Nationaldenkmal in Buenos Aires, herangezogen worden ist. Dieses Denkmal, das „Monumento a Bernardino Rivadavia“, das ganz aus Böhler-Täler-Falkenfelsen-Granit, einem für solche Zwecke hervorragend geeigneten Material, hergestellt wird, ist von einem spanischen Professor entworfen und hat an Ausmaßen 14 Meter Breite, 20 Meter Länge und 8 Meter Höhe. 400 Kubikmeter Falkenfelsen-Granit werden für die Arbeiten nötig sein. Der ganze im griechischen Stil gehaltene Aufbau trägt eine mächtige Kruppe und eine Anzahl auf die Entwicklung der argentinischen Republik bezügliche allegorische Figuren und plastische Kassetten. Breite steinerne Treppen und Gänge, die wiederum mit Inschriften und Skulpturen aller Art besetzt sind, führen zur Krypta hinunter. Die Werkstücke für dieses Kolossal-Monument sind schon in großer Zahl bearbeitet und liegen, fermäßig in Kisten verpackt, versandfertig auf dem Werksplatz der Firma. Alle 2-3 Monate kommt eine Serie von Steinen zur Ablieferung. Die mit der Kennmarke „made in Germany“ signierten Stücke werden per Waggon nach dem Rheinhafen Karlsruhe verfrachtet. Von dort gehen sie im Kahn den Rhein zu Tal über Köln bis Rotterdam und auf dem Seewege nach dem Hafen Antwerpen, von wo sie erst in den Überseedampfer umgeladen werden. Das Werk wird noch mehrere Monate mit dem Auslandsauftrag beschäftigt sein.

Dr. Säckingen, 20. Jan. Als Vorbereitung für die Erstellung des Kraftwerkes Rbhurg-Schwarzwald finden oberhalb Niedmatt Tiefbohrungen im Rheine statt. Den Schiffahrtstreibenden wird daher beim Passieren der Baustelle Vorsicht empfohlen.

Vorläufig kein Schlachthausbau

Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern hat sich der Gemeinderat Eittingen mit der Frage der Errichtung eines Schlachthauses beschäftigt. Diese Frage war schon vor dem Kriege Gegenstand von Erörterungen. Der Gemeinderat kam zu dem Ergebnis, daß die Gemeinde in absehbarer Zeit dieser Frage nicht näher treten könne, einmal weil ein dringendes Bedürfnis nicht vorliege, und zweitens in den Mehrgereiten nicht festgestellt werden konnten. Schließlich sei keine Möglichkeit vorhanden — namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden dringenden großen Aufgaben der Gemeinde — die 800 000 bis eine Million RM. betragenden Kosten aufzubringen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 22. Januar bis 1. Februar 1927

a) Im Landestheater:
Samstag, 22. Januar. * E 13 Th.-Gem. 501—600 und 1101—1200. Die Verschönerung des Fiesco zu Genua. 7 bis 8. 10 (5.—).
Sonntag, 23. Januar. Nachmittags: 8. Vorstellung der Sondernormie für Auswärtige: Der Evangelmann. 8 bis 9. 6 (4.—).
 Abends: * D 14 (Donnerstagsmiete) Th.-Gem. 1001—1100 Die Puppenfee. Hierauf: Klein Das Blumen. 7½—9½ (7.—).
Montag, 24. Januar. Th.-Gem. 1. S.-Gr. 6. Sinfonie-Konzert. Gastdirigent: Professor Franz Schalk, Direktor der Wiener Staatsoper. Solisten: Hans Bruch (Mannheim), Magda Strauß und Robert Dug. 8 bis 9. 9½ Uhr (4.—).
Dienstag, 25. Januar. Volksbühne 5. Die Katten. 7½—10½ (5.—).
 Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Mittwoch, 26. Januar. * C 14 Th.-Gem. 3. S.-Gr. Neueinstudiert: Wie es euch gefällt von Shakespeare. Musik von J. S. Bach. 7 bis 8. 10 (5.—).
Donnerstag, 27. Januar. * A 14 (nicht Donnerstagsmiete). Carmen. 7½—10½ (7.—).
Freitag, 28. Januar. * F 15 (Freitagmiete) Th.-Gem. 1201 bis 1300. Die Engenotten. Vb. S.-Gr. 7—10 (7.—).
Sonntag, 29. Januar. * E 14 Th.-Gem. 1. S.-Gr. Wie es euch gefällt. 7 bis 8. 10 (5.—).
Sonntag, 30. Januar. * G 15 Th.-Gem. 1—100. Die Meisterfänger von Nürnberg. 5—10 (8.—).
Montag, 31. Januar. * B 15 Th.-Gem. 1301—1400. Turandot. 8—10 (7.—).
Dienstag, 1. Februar. * C 15 Th.-Gem. 801—1000. Dover-Calais. 8—10 (5.—).

b) Im städtischen Konzertsaal:
Sonntag, 23. Januar. * Nur kein Skandal. 7½ bis 9. 10 (4.—).
Sonntag, 30. Januar. * Nur kein Skandal. 7½ bis 9. 10 (4.—).

Rundfunkanzeige des Badischen Landestheaters: **Mittwoch, den 26. Januar 1927, abends 6¼ Uhr.** Sprecher: Robert Lebert. 1. Die Karlsruher Oper und ihr Programm. — 2. Wodenspielplan.
Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils ab Samstag nachmittags 3½ bis 5 Uhr.
 b) bei Vorstellungen außer Miets: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9½—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.
 c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.
Kartenvorverkauf. Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernspr. 6288. An der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Wehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brummert, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Anstellung eines weiteren Weinkontrolleurs.
 Als Sachverständige im Sinne des § 21 Absatz 2 des Weingesetzes vom 7. April 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 893) sind bestellt:
 1. für die Landeskommissariate Konstanz und Freiburg der Weinkontrollleur I Karl Mayer in Oberkirch, und
 2. für die Landeskommissariate Karlsruhe und Mannheim der Weinkontrollleur II Karl Friedrich Blatt in Heidelberg.
 Karlsruhe, den 18. Januar 1927.
 Der Minister des Innern
 J. B. Föhrendach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
 Anstaltsarzt Dr. Erich Schneider an der Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz zum Anstaltsarzt.
Planmäßig angestellt:
 Verwaltungspraktikant Josef Diringer bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe als Verwaltungsoberssekretär.

Justizministerium

Ernannt:
 Zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht Oberlandesgericht Dr. Otto Weis; zum Landgerichtsdirektor in Karlsruhe Amtsgerichtsdirektor Dr. Richard Kurzmann daselbst; zum Amtsgerichtsdirektor in Karlsruhe Landgerichtsrat August Straub daselbst; zum Oberlandesgerichtsrat Landgerichtsrat Dr. Gustav Jolly in Karlsruhe; zu Landgerichtsräten in Karlsruhe a. p. Amtsgerichtsrat Richard Kiefer daselbst und Staatsanwalt Dr. Oskar Deitgismann in Pforzheim; zu Amtsgerichtsräten in Karlsruhe: der Direktor der Bezirksgefängnisse daselbst Dr. Hermann Fribolin, in Adelsheim Staatsanwalt Dr. Karl Gérard in Waldshut und in Adelsheim Staatsanwalt Dr. Hans Joachim Schmidt-Karlsruhe in Mosbach; zum Direktor der Bezirksgefängnisse in Karlsruhe Gerichtssekretär Dr. Adolf Winkler; zu Staatsanwälten die Gerichtsassessoren Dr. Max Silberstein in Mannheim, Dr. Eitelhard Grüninger in Waldshut und Maximilian Rapp in Mosbach; zu Notaren die Gerichtsassessoren Alfred Rothchild in Stodach, Wilhelm Weller in Säckingen und Gustav Künkel in Bonndorf; zu Kanzlistinnen die Kanzleihilfsinnen Anna Panauer beim Amtsgericht Karlsruhe und Josefina Wiest beim Amtsgericht Rengingen.
Zurücksetzt:
 Amtsgerichtsrat Otto Pfeiffer in Adelsheim nach Bruchsal.
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
 Gerichtsverwalter Karl Frommer beim Amtsgericht Mannheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Badische Lichtspiele COLOSSEUM

KONZERTHAUS

Samstag, den 22. bis Donnerstag, den 27. Januar, jeweils abends 8 Uhr. Samstag, den 22. Januar auch 4 Uhr nachm.
 Sonntag, den 23. Januar nur 4 Uhr nachmittags

Die weiße Schwester

mit LILLIAN GISH
 Musikbegleitung
 Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt
 Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und Geschäftsstelle Beierheimer-Allee 10 von 9—1 und 3—5 Uhr. Preise wie üblich. 98

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr
 Sonntag 4 und 8 Uhr
Die Tugendprinzessin
 Variete-Operette in 3 Akten 51
 mit Einlagen und zwei Balletts

COLOSSEUM

Samstag nachmittag 4 Uhr
 unwiderruflich letzte
Märchenvorstellung
 unter Mitwirkung der Liliputaner
Rotkäppchen und der Wolf

Öffentliche Verbandspartasse Langenbrüden.

Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Kassenbestand	4 682.50	1. Spareinlagen	105 075.33
2. Guthaben bei Banken	1 865.—	2. Giroeinlagen	14 804.64
3. Wertpapiere	1.—	3. Anlehenskapitalien	43 000.—
4. Darlehen auf Wechsel	3 155.—	4. Sonstige Kapitalkschulden	13 125.55
5. Darlehen auf Hypothek	47 112.—	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung	47 277.01	a) gesetzl. Reservefonds	5 993.96
7. Darlehen auf Schuldschein	78 374.90	b) Reingewinn vom Jahre 1925	5 712.17
8. Einnahmerückstände	4 244.24		
9. Gerätschaften	1 000.—		
	187 711.63		187 711.65

Langenbrüden, den 17. Januar 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
 Siegelmeier.

Der Geschäftsleiter:
 Diegler.

3.623. Bühl. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Emil Beck in Bühl wurde mangels Masse eingestellt.
Bühl, 19. Jan. 1927. Amtsgericht.

3.624. Bühl. Über das Vermögen des Kaufmanns Louis Kaufmann in Bühl, Inhabers der Firma Louis Kaufmann, Landespro-

kurte und Mehlhandlung in Bühl, wurde heute am 18. Januar 1927, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da Gemeinschuldner wegen Zahlungsunfähigkeit seine Zahlungen eingestellt hat. Rechtsorgane Christi in Bühl wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 11. Februar 1927 bei dem

Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Samstag, den 12. Febr. 1927, vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Samstag, den 26. Februar 1927, vormittags 10 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. Februar 1927 Anzeige zu machen.
Bühl, den 18. Jan. 1927. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts:

3.625. Mosbach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Karl August Pfier in Sulzbach wird aufgehoben, nachdem ein rechtskräftig bestätigter Vermögensvergleich zustande gekommen ist. Mosbach, den 15. Januar 1927. **Bad. Amtsgericht.**

Bekanntmachung.
3.626. Überlingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schlossermeisters Fritz Beringer in Konstanz gewerbliche Niederlassung in Überlingen soll mit Genehmigung des Amtsgerichtes die Schlussverteilung erfolgen.
 Nach dem, auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Amtsgerichtes ausliegenden Verzeichnisse, sind nichtvorrechtigte Forderungen in der Höhe von 20 076 RM, 94 Pf. zu berücksichtigen.
 Nachdem die bevorrechtigten Forderungen berichtet und an die nichtbevorrechtigten Gläubiger 10 Proz. abschlägig verteilt worden sind, beträgt die Teilungsmasse 1676 RM, 47 Pf.
Überlingen, 20. 1. 1927. Der Konkursverwalter: Albert Ehinger.

Kanalisationsarbeiten
 Die Gemeinde Neuenburg vergibt nach Maßgabe der Verordnung des Ministeriums der Finanzen vom 27. Juli 1922 im öffentlichen Submissionswege die Herstellung eines

Kanalstranges mit rund 720 m Länge in 2 Rufen. Los I bezieht sich auf die Herstellung der Erd-, Rohrverlegungs- und Zementarbeiten, ferner auf die Befestigung der erforderlichen Steingewölbe.
 Los II umfaßt die Befestigung der Zementrohre (Eisprofil 40/60 u. 50/75 cm).
 Die Vergabungsunterlagen liegen bei der unterzeichneten Stelle zu den Dienststunden zur Einsicht auf, daselbst werden auch die Vergabungsüberschläge zum Selbstkostenpreis abgegeben. (Los I: 0,90 M., Los II: 0,20 M.).
 Die Angebote sind mit der Aufschrift „Kanalisation Neuenburg“ Angebot Los I bzw. II versehen längstens bis 31. Januar 1927, vormittags 11 Uhr, hierher einzureichen, wofür die Eröffnung der Angebote um die genannte Zeit stattfindet. **3.627. Vörsach, 17. Jan. 1927. Bad. Kulturbauamt.**

Güterrechtsregister.
Mannheim. **3.629.** Zum Güterrechtsregister Band XVI D. 3. 79 wurde heute eingetragen: Wälder Wilhelm Wödenhaupt, und Katharina geb. Lorenz in Mannheim. Vertrag vom 30. Dezember 1926. Gütertrennung. **Mannheim, 17. 1. 1927. Amtsgericht FG. 4.**

Mannheim. **3.630.** Zum Güterrechtsregister Band XVI D. 3. 80 wurde heute eingetragen: Robert Herpich, Kaufmann und Pauline geb. Gebhard in Mannheim. Vertrag vom 16. Dezember 1926 Gütertrennung. **Mannheim, 19. 1. 1927. Amtsgericht FG. 4.**

Bereinsregister.
Mannheim. **3.631.** Zum Vereinsregister Band X D. 3. 93 wurde heute eingetragen: „Gemeinnütziger Verein Mannheim-Redarstadt“ in Mannheim. **Mannheim, 15. 1. 1927. Amtsgericht FG. 4.**

Mannheim. **3.632.** Zum Vereinsregister Band X D. 3. 92 wurde heute eingetragen: „Spektations-Fuhr- und Kraftverkehr - Vereinigung Mannheim-Rod in Mannheim.“ **Mannheim, 15. 1. 1927. Amtsgericht FG. 4.**

Badisches Landestheater
Samstag, den 22. Jan. 1927
 * E 13 Th.-Gem. 501—600 und 1101—1200
Die Verschönerung des Fiesco zu Genua.
 von Schiller
 In Szene gef. v. F. Baumbach
 Andreas Doria Leiter
 Gianettino Doria Dahlen
 Julia Fierl
 Leonore Noelt
 Verena Hofbauer
 Bourgoquino Leitgeb
 Calcagno Kneble
 Sacco Müller
 Bertha Clement
 Romellina Böcker
 Jenturione Gemmede
 Jibo Bodz
 Alficato Schneider
 Romano Dr. Storz
 Rulcy Hassan v. d. Trend
 Deutscher Graf
 Arabella Wöbel
 Aloja Werf

Sperrfrist I M. 5.—
 So. 23. Jan. nachmittags
Der Evangelmann
 abends: **Die Puppenfee**
 Klein Das Blumen
 Konzert. **Nur kein Skandal**
 Mo. 24. Jan.
6. Sinfonie-Konzert

Residenz Lichtspiele
 Waldstraße 78
Ben Hur